

DIE NEUE FRAKTION DER 19. LEGISLATURPERIODE

Hessen grüner und gerechter machen



Auf die Inhalte kommt es an – mit diesem Anspruch haben wir uns in der letzten Legislaturperiode intensiv auf eine

Regierungsbeteiligung vorbereitet. Wir haben uns Themenfeld um Themenfeld vorgenommen und eine Perspektive aufgezeigt, wie Hessen künftig aussehen kann. Seither ist viel passiert. Am 22. September 2013 wurde ein neuer Landtag gewählt. Unsere Fraktion hat sich neu formiert und findet sich nach 15 Jahren in der Opposition in einer neuen Rolle wieder: Wir tragen jetzt Regierungsverantwortung und machen uns daran, unsere Vision von einem grüneren und gerechteren Hessen in die Tat umzusetzen.

GRÜNE Regierungsbeteiligung macht den Unterschied

Wir werden dafür sorgen, dass die hessische Regierungspolitik eine deutliche grüne Handschrift bekommt. Wir werden in der Umweltpolitik den Anteil

erneuerbarer Energien verdoppeln, den Ökolandbau stärken und eine Stiftung Tierschutz schaffen. In der Bildungspolitik wollen wir den Schulfrieden, setzen unsere Forderung nach einer Bildungs- und Betreuungsgarantie für Grundschulkinder um, ermöglichen längeres gemeinsames Lernen und erweitern die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 (siehe dazu auch Seite 3). Wir führen das Sozialbudget ein und sorgen für mehr bezahlbaren Wohnraum. Wir setzen in der Verkehrspolitik auf Straßensanierung vor – ausbau und werden unser möglichstes dafür tun, den Lärm rund um den Frankfurter Flughafen zu reduzieren und zu regelmäßigen Lärmpausen von sieben Stunden zu kommen. Wir setzen in der Wirtschaftsförderung Akzente jenseits des Flughafens und dem Finanzplatz Frankfurt, beispielsweise in der Kreativwirtschaft. Und wir arbeiten an einer Gesellschaft, in der keiner ausgegrenzt wird und jeder – unabhängig von seiner Herkunft – leben kann, wie er oder sie es mag. Dazu schaffen wir die Integrationskonferenz als festes Beratungsgremium, eine Antidiskriminierungsstelle und einen Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt in Bezug auf die sexuelle Orientierung.

Uns ist bewusst, dass dieses ungewöhnliche schwarz-grüne Bündnis unter besonderer Beobachtung steht. Wir sind diese Herausforderung dennoch eingegangen, denn wir sind überzeugt davon, dass grüne Regierungsbeteiligung einen Unterschied

macht. Ein Beispiel dafür ist bereits in den ersten Tagen der neuen Landesregierung sichtbar geworden: Es hätte wohl niemand erwartet, dass eine schwarz-grüne Landesregierung einmal die Energiewende gegen einen SPD-Bundeswirtschaftsminister verteidigen muss. Klar ist auch, dass wir in den ersten Wochen nicht immer nur auf angenehme Art erfahren haben, was die neue Rolle für uns bedeutet. Beim Thema Stilllegungsverfügung für das Atomkraftwerk Biblis müssen wir beispielsweise jetzt auch Fehler ausbaden, für die wir selbst gar nichts können. Auch muss sich manches noch einspielen.

Wir sind gut vorbereitet

Wir gehen mit viel Schwung und Engagement an die neue Aufgabe als Regierungsfraktion und freuen uns, nach langen Jahren in der Opposition politisch gestalten zu können. Fragen, Anregungen und Kritik zu unserer Arbeit sind immer willkommen. Wir sind gut vorbereitet und fest entschlossen, auch in einer Koalition mit der CDU Hessen in den nächsten fünf Jahren grüner und gerechter zu machen. |

Inhalt

Errichtung der Gleichstrom-Leitung „SuedLink“	2
Schulgesetzänderung G8/G9	3
Die neue Fraktion auf einen Blick	4
Neu in der Fraktion: Eva Goldbach	6
Kinderförderungsgesetz (KiföG)	7
Kurz notiert	8

Weitere Informationen

Die neue Fraktion auf einen Blick:
In diesem Heft auf den Seiten 4-5

Koalitionsvertrag:

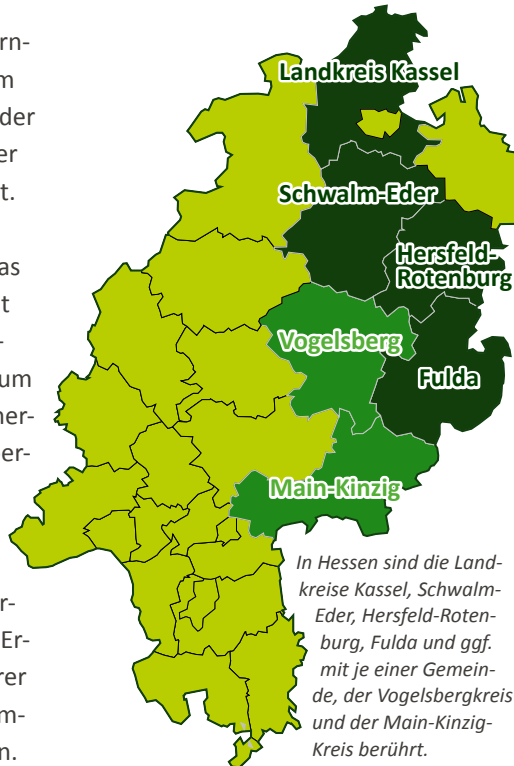
→ gruenlink.de/pyv

Infos zur Regierungsbeteiligung:

→ gruene-hessen.de/regierung/

Errichtung der Gleichstrom-Leitung „SuedLink“: Ein Großprojekt für die Energiewende

Die Energiewende ist ein grünes Kernanliegen. Wir wollen, dass nach dem Ende der Atomkraft auch das Ende der Kohle kommt und ein neues Zeitalter der erneuerbaren Energien anbricht. Dazu muss aber die Infrastruktur Deutschlands angepasst werden. Das Stromnetz muss aus- und umgebaut werden. Das Übertragungsnetz zwischen zentralen Kraftwerken wird zum Transportnetz von regenerativen Energien. Extremsituationen müssen überbrückt und Leistungsschwankungen ausgeglichen werden. Das Stromnetz muss in naher Zukunft die technischen Voraussetzungen erfüllen, damit die Verbraucher auch Erzeuger sein können. In etwas fernerer Zukunft wollen wir auch einen Stromaustausch in ganz Europa realisieren.



tive Trassenverläufe geprüft werden. Hierzu wird vom Betreiber TenneT eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, der Kommunen und Interessensgruppen in Aussicht gestellt. Das Verfahren wird von der Bundesnetzagentur geführt. Wir wollen dies von Landesebene intensiv begleiten. Die konkrete Ausgestaltung der Beteiligungsmöglichkeit wird in den nächsten Schritten geklärt.

Ergebniskorridor

Das Ergebnis dieser Prüfung wird ein etwa einen Kilometer breiter Ergebniskorridor sein. Innerhalb dieses Korridors soll die Leitung dann geführt werden. Die Breite des Korridors ermöglicht einen schonenden Umgang mit Wohnhäusern und Wohngebieten. Sollten Mindestabstände dennoch nicht eingehalten werden können, wird im Einzelfall die Möglichkeit einer Erdverkabelung überprüft. Auch hier wird ein breiter Beteiligungsprozess stattfinden. |

Energie von Nord nach Süd

Die Gleichstromleitung SuedLink ist ein eines der bedeutendsten Netzausbauprojekte Europas und ein wichtiges Infrastrukturprojekt für das Gelingen der Energiewende in Deutschland. SuedLink soll über eine Länge von 800 km Energie aus dem windreichen Norden der Republik in die verbrauchsstarken

Ballungsräume im Süden transportieren. Aktuell befindet sich das Projekt in der Phase der Planaufstellung. In den kommenden Monaten werden erst einmal in Frage kommende Trassenkorridore ermittelt. Dabei werden auch Landkreise in Hessen betroffen sein (siehe Karte). Konkret bedeutet das, dass verschiedene mögliche alterna-

Weitere Informationen

Folgendes haben wir im Koalitionsvertrag zum Thema Netzausbau vereinbart:

„Wir werden uns mit dem Bund und den anderen Ländern abstimmen und die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig beteiligen. Der Netzausbau muss so kosteneffizient und umweltverträglich wie möglich erfolgen. Dabei gilt für uns das Prinzip „NOVA“ (Netz-Optimierung vor Verstärkung vor Ausbau).“

Und:

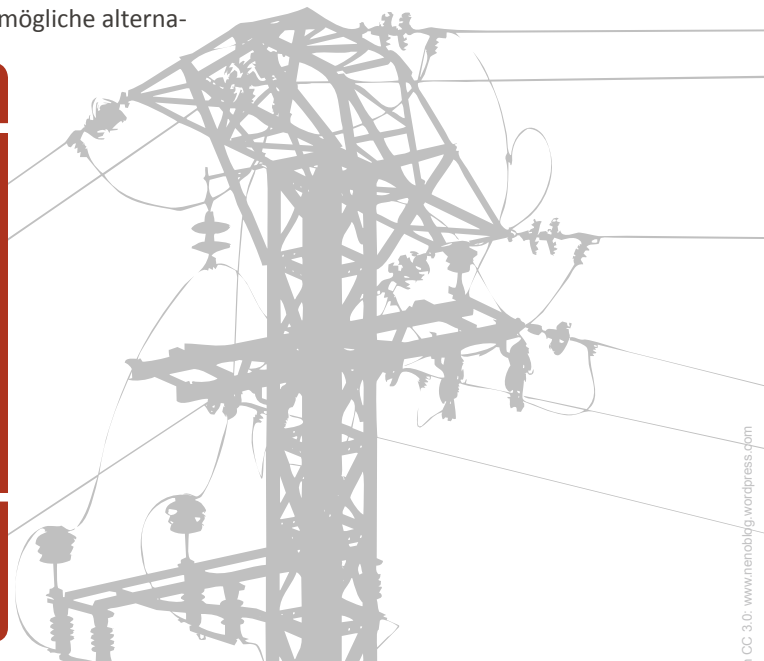
„Der Erdverkabelung wird in besonderen Fällen, wie in ökologisch sensiblen Bereichen oder bei Konflikten mit Siedlungsgebieten, der Vorzug vor Freileitungen gegeben.“

Energie und Klima:

→ gruene-hessen.de/themen/energie

Kurzinformation „SuedLink“:

→ gruenlink.de/pi5



Versprechen gehalten: Maximale Wahlfreiheit und weitestmögliche Umsetzung des Elternwillens

Schon nach wenigen Wochen an der Regierung haben wir eine Gesetzesänderung auf den Weg gebracht, mit der auch laufende fünfte, sechste und siebte Klassen zu G9 zurückkehren können. So schaffen wir eine Regelung, die es ermöglicht, dem Elternwillen soweit wie rechtlich möglich zu entsprechen. Seitdem die Regierung Koch den Gymnasien das Abitur nach 12 Jahren, bekannt auch als G8, verordnet hat, ist die Kritik daran nie abgerissen. Um nicht nach der zwangsweisen Einführung von G8 die Rolle rückwärts mit der zwangsweisen Wiedereinführung von G9 zu machen, haben wir GRÜNEN uns seit Jahren für die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 stark gemacht. Seit 2008 können die kooperativen Gesamtschulen auf Grundlage eines GRÜNEN Gesetzentwurfs zu G9 zurückkehren. Im Dezember 2012 haben wir einen weiteren Teilerfolg erzielen können:

Unter dem Druck von Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern hat die schwarz-gelbe

Landesregierung damals die Rückkehr auch von Gymnasien zu G9 ermöglicht. Allerdings war das damalige Gesetz unzureichend, um dem Elternwillen im größtmöglichen Maß zu entsprechen, da die Rückkehrmöglichkeit auf die neu beginnenden fünften Klassen begrenzt war. Wir GRÜNE haben das Gesetz damals als Schritt in die richtige Richtung unterstützt, gleichzeitig aber gefordert, die Rückkehrmöglichkeit auszuweiten auf bereits laufende fünfte und sechste Klassen. Nun konnten wir als Regierungsfraktion unseren Worten Taten folgen lassen und gemeinsam mit unserem Koalitionspartner ein Gesetz in den Landtag einbringen, das es für bereits laufende fünfte, sechste und siebte Klassen ermöglichen wird, von G8 zu G9 zurückzukehren.

Was rechtlich möglich ist, wird gemacht

Damit lösen wir unser Versprechen ein, für maximale Wahlfreiheit zu sorgen und den Elternwillen weitestmöglich umzusetzen. Gleichzeitig ist uns aber bewusst, dass ein Mehr an Möglichkeiten auch mehr Arbeit für die Schulen bedeutet, weshalb wir unserem bildungspolitischen Prinzip des Ermöglichens statt Verordnens treu bleiben. Konkret bedeutet der Gesetzentwurf, dass die laufenden Klassen der Jahrgangsstufen fünf bis sieben mit Beginn des kommenden Schuljahres in den Wechsel eines Gymnasiums oder des gymnasialen Zweiges einer Kooperativen Gesamtschule zu G9 einbezogen werden können. Dazu muss zunächst die Schulkonferenz einen entsprechenden Entschluss auf Grundlage eines pädagogischen Konzepts der Gesamtkonferenz fassen. Durch ihre Zusammensetzung aus Lehrerinnen und Lehrern, Eltern sowie Schülerin-

nen und Schülern gewährleistet die Zustimmung der Schulkonferenz eine breite Einbindung und Akzeptanz der gesamten Schulgemeinde. Beschließt die Schulkonferenz die Einbeziehung der laufenden Jahrgänge in die Rückkehr zu G9, so erfolgt anschließend eine anonymisierte Befragung der betroffenen Eltern durch die jeweilige Schulaufsichtsbehörde. Stimmt ein Jahrgang geschlossen für eine Rückkehr zu G9, so kann dies umgesetzt werden. Gibt es dagegen Eltern, die ihr Kind weiter nach G8-Plan lernen lassen wollen, so kann die Rückkehr zu G9 für die restlichen Schülerinnen und Schüler nur durchgeführt werden, wenn genug Kinder zur Bildung einer parallelen G8-Klasse vorhanden sind. Dieser Einschränkung war nötig, um den durch Gerichtsurteile garantierten Vertrauens- und Bestandsschutz der Eltern zu wahren, die ihre Kinder unter G8-Voraussetzungen eingeschult haben.

Da der parlamentarische Prozess von der ersten Einbringung des Gesetzes ins Plenum bis zur Verabschiedung mehrere Monate in Anspruch genommen wird, haben wir den Schulen im Gesetzentwurf ausdrücklich das Recht eingeräumt, entsprechende Vorratsbeschlüsse zu fassen. Im Vorgriff auf die finale Verabschiedung des Gesetzes können die Schulkonferenzen so schon vorher die notwendigen Beschlüsse fassen, um das weitere Verfahren zum frühestmöglichen Zeitpunkt in Gang zu setzen. |

Weitere Informationen

Bildungspolitik:

➔ gruene-hessen.de/themen/bildung

Gesetzentwurf:

➔ gruenlink.de/pqp

Kurzinformation G8-G9:

➔ gruenlink.de/

DIE LANDTAGSFRAKTION



ABGEORDNETE/R	FUNKTION	REGIONAL ZUSTÄNDIG
Tarek Al-Wazir www.al-wazir.de	Aufgrund seiner Aufgaben als Minister in der Fraktion ohne Funktion	Offenbach-Stadt
Marcus Bocklet www.marcusbocklet.de	Sozialpolitischer Sprecher - Arbeit, Armutsbekämpfung, Kinder, Familie, Aus- und Weiterbildung	Darmstadt-Dieburg Main-Kinzig
Angela Dorn www.angeladorn.de	Parl. Geschäftsführerin Sprecherin für Umwelt, Energie und Klimaschutz	Marburg-Biedenkopf
Sigrid Erfurth www.sigrid-erfurth.de	Stellv. Fraktionsvorsitzende Sprecherin für Finanzen, Schutz der Werra, Demografie, Senioren, Frauen und Gleichstellung	Hersfeld-Rothenburg Werra-Meißner
Martina Feldmayer www.martinafeldmayer.de	Stellv. Fraktionsvorsitzende Sprecherin für Landwirtschaft, Wald, Gentechnik, Verbraucherschutz, Wohnungspolitik und Kultur	Frankfurt am Main Odenwald
Jürgen Frömmrich www.juergen-froemmrch.de	Sprecher für Innen-, Medien- und Netzpolitik, Verwaltungsreform und Sport	Waldeck-Frankenberg Hochtaunus
Ursula Hammann www.ursulahammann.de	Vizepräsidentin des Hessischen Landtags; Sprecherin für Europa, Natur- und Tierschutz	Groß-Gerau Bergstraße
Eva Goldbach www.eva-goldbach.de	Sprecherin für Kommunales, ländlichen Raum und Datenschutz	Vogelsberg Gießen
Frank Kaufmann www.frank-kaufmann-mdl.de	Sprecher für Haushalt, Flughafen Frankfurt, Landesentwicklung und Regionalplanung	Offenbach-Land Main-Taunus
Kai Klose www.kai-klose.de	Sprecher für Wirtschafts-, Lesben- und Schwulenpolitik	Rheingau-Taunus Darmstadt
Daniel May www.daniel-may.de	Sprecher für Wissenschaft, Hochschule und Forschung	Schwalm-Eder Fulda
Karin Müller www.karin-mueller-mdl.de	Sprecherin für Recht, Verkehr und Mobilität	Kassel-Land Kassel-Stadt
Mürvet Öztürk www.muervet-oeztuerk.de	Sprecherin für Integration, Migration, Petitionen, Gesundheit, Behindertenpolitik und Jugend	Lahn-Dill Wetterau
Mathias Wagner www.mathiaswagner.de	Fraktionsvorsitzender Sprecher für Bildungspolitik	Limburg-Weilburg Wiesbaden

Abkürzungen der Ausschüsse:

HAA=Hauptausschuss, EUA=Europaausschuss, HHA=Haushaltsausschuss, INA=Innenausschuss, KPA=Kulturpolitischer Ausschuss, PTA=Petitionsausschuss, RTA=Rechtspolitischer Ausschuss, SIA=Sozial- und Integrationspolitischer Ausschuss, ULA=Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz,



gruene-hessen.de



twitter.com/gruenehessen



facebook.com/gruenehessen



youtube.com/hessengruen



flickr.com/gruene-hessen

WWW

AUF EINEN BLICK

LANDEsarbeitsGEMEINSCHAFTEN	KONTAKT	AUSSCHÜSSE
–	0611 / 350 580 t.al-wazir@ltg.hessen.de	–
Gesundheit und Soziales Säkulare GRÜNE	0611 / 350 633 m.bocklet@ltg.hessen.de	KPA, SIA, UHW
Umwelt und Energie	0611 / 350 634 a.dorn@ltg.hessen.de	ULA
GewerkschaftsGRÜN Landesfrauenrat	0611 / 350 743 s.erfurth@ltg.hessen.de	HHA, SIA, UFV
Kultur Ländl. Raum, Verbrauchersch. & Gentechnik Tierschutz	0611 / 350 748 m.feldmayer@ltg.hessen.de	RTA, ULA, WKA
Demokratie und Recht Medien und Netzpolitik	0611 / 350 632 j.froemmerich@ltg.hessen.de	HAA, INA, UDS
Frieden, Europa & internationale Politik Umwelt und Energie Tierschutz	0611 / 350 741 u.hammann@ltg.hessen.de	EUA, ULA
Ländlicher Raum, Verbraucherschutz & Gen- technik	0611 / 350 744 e.goldbach@ltg.hessen.de	HHA, INA, PTA, UDS
Landesplanung, Regionalentwicklung und Wohnen Wirtschaft & Finanzen	0611 / 350 747 fp.kaufmann@ltg.hessen.de	HHA, WVA, UFV
Wirtschaft & Finanzen Queer	0611 / 350 673 k.klose@ltg.hessen.de	HAA, WVA
Wissenschaft und Hochschule	0611 / 350 794 d.may@ltg.hessen.de	INA, KPA, WKA, UJV
Mobilität (Verkehr)	0611 / 350 745 karin.mueller@ltg.hessen.de	PTA, RTA, WVA, UJV
Behindertenpolitik Migration und Flucht	0611 / 350 740 m.oeztuerk@ltg.hessen.de	EUA, PTA, SIA, UHW
ChristInnen Bildung	0611 / 350 746 m.wagner@ltg.hessen.de	KPA

WVA=Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, WKA=Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, UJV=Unterausschuss Justizvollzug; UHW=Unterausschuss Heimatvertriebene und Wiedergutmachung, UFV=Unterausschuss Finanzcontrolling und Verwaltungssteuerung, UDS=Unterausschuss Datenschutz



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611 / 350 582
Fax: 0611 / 350 600

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAGSFRAKTION HESSEN



NEU IN DER FRAKTION

Eva Goldbach: Landschaftsgärtnerin, Betriebswissenschaftlerin, Abgeordnete

Dass Ökologie und Ökonomie nicht im Widerspruch zueinander stehen, verkörpert wohl kaum jemand so sehr wie unsere neue Abgeordnete Eva Goldbach: Nach ihrer Ausbildung zur Landschaftsgärtnerin studierte sie Betriebswissenschaft mit dem Schwerpunkt Rechnungswesen und arbeitete bereits während des Studiums in der Steuerbe-

ratung. Nach dem Examen übernahm Eva eine Stelle im zentralen Controlling eines Klinik Konzerns und blieb dort bis zur Geburt ihrer ersten Tochter. Mittlerweile ist Eva Mutter von zwei Töchtern und lebt im Vogelsbergkreis. Seit dieser Legislaturperiode ist sie in unserer Fraktion zuständig für Kommunales, ländlichen Raum und Datenschutz. 



Politische Vita

- Seit 2005 Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.
 - Seit 2006 Sprecherin des Kreisverbands von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vogelsberg.
 - 2009 bis 2011 Leiterin des Wahlkreisbüros von Tom Koenigs MdB in Gießen.
 - 2011 bis 2013 Büroleiterin der Grünen Dezernentin in der Kreisverwaltung Gießen (Schulen, Naturschutz und Abfallwirtschaft).
 - Seit 2011 Kreistagsabgeordnete im Vogelsberg.
 - Landtagsabgeordnete seit 2014.
- Webseite: eva-goldbach.de



NEUJAHRSEMPFANG 2014



Die Reden des neuen Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag, Mathias Wagner, und des Gastredners Toni Hofreiter, Fraktionsvorsitzender im Bundestag, gibt es online unter: <http://gruenlink.de/pqn>

Ausgangspunkt auf dem Weg zur besseren Kinderbetreuung

Im Sommer 2013 hat die damalige schwarz-gelbe Landesregierung das immer wieder in der Diskussion stehende Kinderförderungsgesetz (KiföG) beschlossen. Zum 1. Januar 2014, noch vor der Konstituierung des neuen Landtags, ist es in Kraft getreten. Im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf wurde das Gesetz vor der Verabschiedung deutlich verbessert. Es wird von uns im Umsetzungsprozess von einem Qualitätsmonitoring begleitet und stellt den Ausgangspunkt für weitere Anstrengungen dar, um eine qualitativ hochwertige, familienfreundliche und inklusive Kinderbetreuung in Hessen zu verwirklichen.

Schwarz-Gelbes KiföG – nach Protest nachgebessert

Am ursprünglichen Entwurf für das KiföG haben wir GRÜNEN in vielen Punkten deutliche Kritik geäußert. Dabei ging es um die fehlende Grundschulkinderbetreuung, die fehlenden Regelungen zur Inklusion von Kindern mit Behinderungen, den im Entwurf vorgesehenen Einsatz von fachfremdem Personal, die beabsichtigte Anhebung der Gruppengröße bei den unter Dreijährigen auf bis zu 16 Kinder, das Fehlen eines Konzeptes für Einrichtungen in ländlichen Regionen sowie die gefährdeten familienfreundlichen Regelungen bei den Öffnungszeiten. In der 3. Lesung des Gesetzes haben CDU und FDP damals auf die heftige Kritik und den Protest von 140.000 Menschen in Hessen reagiert und einige der von uns beanstandeten Punkte im Entwurf

verändert. So wurden die Regelungen zum Einsatz von fachfremdem Personal überarbeitet, die Gruppengröße für die unter Dreijährigen auf maximal 12 Kinder begrenzt und ein erhöhter Betreuungsmittelwert bei den Öffnungszeiten festgelegt.

KiföG im Koalitionsvertrag

Da die von Schwarz-Gelb vorgenommenen Änderungen am Gesetzentwurf für uns GRÜNE aber nur ein Startpunkt auf dem Weg zu einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung sein können, haben wir im Koalitionsvertrag mit der CDU weitere wichtige Verbesserungen und Ergänzungen zum KiföG festgeschrieben. So wird der Umsetzungsprozess des KiföG von einem Qualitätsmonitoring begleitet um bei etwaigen Problemen in der Praxis nachsteuern zu können, unter anderem um kleine Einrichtungen im ländlichen Raum zu erhalten. Zudem ist im Vertrag vereinbart, dass die Landesregierung die Finanzierung der Inklusion in den Kindertagesstätten auf der Grundlage des Rahmenvertrags sicherstellen und die Pauschalen im Gesetz dafür anheben wird. Um gemeinsam mit den Eltern und den Erzieherinnen und Erziehern die Wirkung des Kinderförderungsgesetzes zu bewerten und die weitere Entwicklung der Kinderbetreuung in Hessen zu beraten, werden wir Mitte 2014 einen „Runden Tisch Kinderbetreuung“ einberufen.

Kinderbetreuungspolitik permanent weiterentwickeln

Unsere Ambitionen bei der Kinderbetreuung erschöpfen sich aber keineswegs im KiföG und seiner besseren Ausgestaltung. Darüber hinaus wollen wir gemeinsam mit den Kommunen für alle Grundschulkinder zukünftig ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot von Montag bis Freitag von 7.30 bis 17.00 Uhr schaffen. Dieses Angebot soll unter Einbeziehung der lokalen Bildungslandschaften entstehen und allen Eltern, die dies wünschen, einen Platz für ihr Kind bieten. Außerdem setzen wir uns für die bedarfsgerechte Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Betreuung für Kinder unter drei Jahren ein und werden ein Konzept zur Gewinnung von pädagogischen Fachkräften entwickeln, um die pädagogische Qualität längerfristig sicherzustellen. Wir wollen zudem die Landesmittel für die Sprachförderung erhöhen, um gute Förderangebote für alle Kinder bereitstellen zu können und durch die Schaffung verbindlicher Tandemvereinbarungen zwischen Kitas und Grundschulen für einen guten Übergang aller Kinder vom Kindergarten in die Grundschule sorgen. |

Weitere Informationen

Kinder, Jugend und Familie:
→ gruene-hessen.de/themen/kinder-jugend-und-familie

Kurzinfo Kinderbetreuung:
→ gruenlink.de/pv2

BEITRITT ZUR KOALITION GEGEN DISKRIMINIERUNG

Nicht alle Menschen sind gleichartig, aber gleichwertig

Hessen Beitritt zur Koalition gegen Diskriminierung ist ein wichtiger Schritt für unser Land. Mit der Unterzeichnung der Erklärung verpflichtet sich das Land zu konkreten Maßnahmen, um von Diskriminierung betroffene Menschen bestmöglich zu unterstützen und Benachteiligungen zu bekämpfen. Mit dem Beitritt setzt die neue Landesregierung ein deutliches Signal, dass sie Diskriminierungen, sei es aus ethnischen oder rassistischen Gründen, aufgrund des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität nicht hinzunehmen bereit ist. Dass Hessen als zehntes Bundesland der Koalition beitrifft, zeigt: Grün wirkt. Der Beitritt zur Koalition gegen Diskriminierung steht in einer Reihe mit anderen Entscheidungen der neuen Re-

gierung zum Schutz von Minderheiten: Die Landesregierung hat eine Rahmenvereinbarung mit dem Landesverband der Sinti und Roma unterzeichnet und so eine formale Grundlage dafür gelegt, diese national anerkannte Minderheit bei der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft zu unterstützen. Außerdem hat Hessen mit Jo Dreiseitel einen Staatssekretär, der als Bevollmächtigter für die Themen Integration und Antidiskriminierung zuständig ist.

Vielfalt anerkennen und respektieren

Eine weitere Neuerung ist die Einrichtung der Antidiskriminierungsstelle des Landes. Mit der Einrichtung dieser Antidiskriminierungsstelle gibt es zentrale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für das Thema Diskriminierung.

Für uns GRÜNE gilt das Leitmotiv, die Vielfalt der Gesellschaft anzuerkennen und zu respektieren – nicht alle Menschen sind gleichartig, aber eben gleichwertig. Daran wollen wir uns in Regierungsverantwortung auch halten und deshalb sind wir froh, in den ersten Wochen bereits starke Zeichen für Vielfalt und Respekt setzen zu können. |

Weitere Informationen

Lesben und Schwule:

→ gruene-hessen.de/themen/lesben-und-schwule

Integration und Migration:

→ gruene-hessen.de/themen/integration-und-migration

Soziales:

→ gruene-hessen.de/themen/soziales

Entschließungsantrag:

→ gruenlink.de/pyh

Kurz notiert

Breitbandausbau

Glasfaserkabel sind die Infrastruktur der Zukunft. Denn nur mit schnellen Datenverbindungen können die ländlichen Regionen im Standortwettbewerb bestehen. Mit der Bereitstellung weiterer öffentlicher Mittel für den Internetausbau wird eine langjährige GRÜNE Forderung endlich umgesetzt. Das Land

hat das Volumen seines Darlehensprogramms um 150 auf 350 Millionen Euro aufgestockt und ermöglicht so, hessenweit eine zeitgemäße Infrastruktur zu schaffen und weiterzuentwickeln.

Krankenhausgesetz

Schwarz-Grün hat ein Krankenhausgesetz in den Landtag eingebracht, das einen wichtigen Beitrag für die Gesundheitsvorsorge und den Gesundheitsstandort Hessen leistet. Die Krankenhausförderung wird pauschalisiert – so werden bürokratische Hürden abgebaut und die Krankenhäuser erhalten Planungssicherheit und eigene Gestaltungsspielräume. Das kommt am Ende auch den Patienten zugute, die in modern ausgestatteten Krankenhäusern betreut werden. Das Land Hessen

wird ab dem Jahr 2016 250 Millionen Euro für Investitionen in Krankenhäuser bereitstellen. Und damit eine stabile Grundlage für eine gute Gesundheitsinfrastruktur legen.

Bannwaldschutz

Am Langener Waldsee sollen 7,5 Hektar Wald weichen, um Kiesabbau zu ermöglichen. Diese Entscheidung wurde bereits vor dem Regierungswechsel getroffen. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass Bannwald zukünftig besser geschützt wird, damit solche Entscheidungen wie die geplante Rodung am Waldsee keine Grundlage mehr haben. Der Bannwald soll seinem Namen wieder gerecht werden. Wir werden eine Gesetzesänderung einbringen, die den Wald wirklich schützt. |

Impressum

Herausgeberin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

V.i.S.d.P.

Angela Dorn
Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion, Layout und Gestaltung

Till Haupt, Paul Lassay und
Sebastian Wanner